

Anhang 2: Vernehmlassungsergebnisse detailliert

Die Parteien

<i>Grundsätzliche Zustimmung</i>	
FDP	Zustimmung zur Mehrheit der Massnahmen. Zum Teil werden ergänzende Vorschläge gemacht oder einzelne Vorbehalte angebracht (z.B. Aufgabenteilungsgedanken stärker berücksichtigen, teilweise unrealistische Annahmen). Abgelehnt werden folgende Massnahmen: - Streichung Beitrag LandratspräsidentInnenfest - Gebühren für Vorprüfung und Genehmigung - Überwälzung des Vollzugaufwands im Abwasserbereich auf die Verursacher - Einführung Förderabgabe von 0.1 Rp./kWh auf Elektrizitätsverbrauch
CVP	Zustimmung zu allen Massnahmen. Zum Teil werden ergänzende Vorschläge gemacht oder einzelne Vorbehalte angebracht (z.B. Aufgabenteilungsgedanken stärker berücksichtigen, teilweise unrealistische Annahmen). Insbesondere wird auf die Notwendigkeit einer weiteren Aufgabenüberprüfung hingewiesen, welche sich auf die Überprüfung der Verwaltung, ihrer Strukturen und Abläufe und der Effizienz der Aufgabenwahrnehmung richtet. Folgende Massnahme wird dezidiert abgelehnt: - Ausgleich der Entlastungen der Gemeinden mittels Anpassung EL-Schlüssel
EVP	• Zustimmung, wobei der Auftrag als unvollständig erfüllt bezeichnet wird: Nächstes Massnahmenpaket ist notwendig, welches sich auf die Überprüfung der Verwaltung, ihrer Strukturen und Abläufe und der Effizienz der Aufgabenwahrnehmung richtet. • Ausserdem werden folgende Massnahmen abgelehnt: - Einführung Gebühr für Alimenteninkasso - Einsparungen Spitexbereich (inkl. SEOP) - Aufteilung Kosten der schulpsychologischen Leistungen auf Schulträger - Aufteilung Beiträge Privatschulen auf Schulträger
SD	Grundsätzliche Unterstützung des Pakets. Aus sozialen Gründen werden folgende 2 Massnahmen abgelehnt: - Senkung Ausschöpfungsgrad bei den Krankenkassenprämien-Verbilligungen - Aufhebung der Subventionen bei der Kinder- und Jugendzahlpflege
<i>Nur bedingte Unterstützung</i>	
SVP	• Es werden nur Massnahmen unterstützt, welche zu realen Kostensenkungen führen und damit auf der Ausgabenseite ansetzen. Alle Massnahmen, welche dem Staat Mehreinnahmen bringen, werden abgelehnt. • Aufgabenverlagerungen auf die Gemeinden werden begrüsst, wenn zugleich auch die Aufgabenkompetenz übertragen wird. Reine Kostenabschiebungen an die Gemeinden werden abgelehnt • Insbesondere folgende Massnahmen werden abgelehnt: - Lohnmeldepflicht Arbeitgebende - Gebühren für Vorprüfung und Genehmigung - Erhöhung Baubewilligungsgebühren u. Reduktion des Gemeindeanteils - Überwälzung Vollzug Abwasserbereich - Einführung Förderabgabe auf Elektrizitätsverbrauch - Verschiedene Gebührenerhöhungen

Grundsätzliche Ablehnung	
SP	• Abgelehnt mit folgenden wichtigsten Argumenten: - Sparnotwendigkeit nicht in diesem Ausmass gegeben - Personalabbau zu hoch - Auswirkungen sind generell zu unklar - Einheit der Materie GAP-Paket fehlt - unsoziale Massnahmen (KK-Prämienverbilligung, Verz. Teuerungsausgleich) • Einzelne Massnahmen werden jedoch befürwortet, so: - Massnahmen, welche Steuergerechtigkeit erhöhen (z.B. Lohnmeldepflicht) - Die Aufhebung des Motorfahrzeugsteuerrabatts
Grüne Partei	• Ablehnung mit folgenden Begründungen: - massiver Qualitätsabbau Bildung, Umwelt und Gesundheit - Nachhaltigkeit nicht gegeben - Sparnotwendigkeit nicht in diesem Ausmass gegeben - unsoziale Massnahmen (KK-Prämienverbilligung, Verz. Teuerungsausgleich) • Einzelne Massnahmen werden jedoch befürwortet, so: - Massnahmen, welche Steuergerechtigkeit erhöhen (z.B. Lohnmeldepflicht) - Aufh. Motorfahrzeugsteuerrabatt (unbefristet u. zweckgebunden f. Verkehr) - Einführung Förderabgabe auf Elektrizitätsverbrauch - Lohnklassenunabhängige Dienstaltersgeschenke

Verbände

Grundsätzliche Zustimmung	
Wirtschaftskammer BL	Grundsätzliche Unterstützung, wobei dem Aufgabenabbau zu wenig Rechnung getragen würde. Abgelehnt werden folgende Massnahmen: - Lohnmeldepflicht der Arbeitgebenden in vorliegender Form - Aufhebung der Prüfung von Einzelmutationen - Einführung Gebührenerhöhung für Vorprüfung und Genehmigung - Reduktion Gemeindeanteil an Baubewilligungsgebühren - Überwälzung Vollzug Abwasserbereich - Einführung Förderabgabe von 0.1 Rp./kWh auf Elektrizitätsverbrauch - verschiedene Gebührenerhöhungen
Verband Baselbieter Bürgergemeinden	Vollumfängliche Unterstützung
Liga Baselbieter Steuerzahler	Grundsätzliche Unterstützung, Ablehnung einzelner Massnahmen, so: - Einführung Lohnmeldepflicht Arbeitgebende - Überwälzung Vollzug Abwasserbereich Die Aufhebung der Motorfahrzeugsteuerrabatt wird nur befürwortet, wenn diese befristet und zweckgebunden für die H2 eingeführt wird.

Nur bedingte Unterstützung	
Handelskammer beider Basel	- Nur bedingt unterstützt, es werden v.a. folgende Kritikpunkte angebracht: - Dominanz von Lastenverschiebungen auf die Gemeinden - Anteil Mehreinnahmen überproportional gross - Gebührenerhöhungen ohne sichtbaren Mehrwert - Kaum nachhaltiger Aufgabenabbau - Volkswirtschaftl. Auswirkungen unzureichend beschrieben - Abgelehnt werden die folgenden Massnahmen: - Entschädigung Prüfung Gemeindevorschläge u. Bearb. Ausgleichsf.-gesuche - Erhöhung Gemeindeanteil bei Restkostenaufteilung amtl. Vermessung - Aufhebung Vorprüfung geringfügiger Planungsänderungen - Reduktion Gemeindeanteil Baubewilligungsgebühren - Einführung Förderabgabe von 0.1 Rp./kWh auf Elektrizitätsverbrauch - Aufteilung Lehrmittelkosten und schulpsychol. Leistungen auf Schulträger - Aufteilung der Beiträge Privatschulen auf die beiden Schulträger - Ausgleich der Entlastungen d. Gemeinden mittels Anpassung EL-Schlüssel

Ablehnung	
VBLG und Grossteil der Einwohnergemeinden	- Paket wird praktisch vollständig abgelehnt, insbesondere aus folgenden Gründen: - Einseitige und ungerechtfertigte Belastung der Gemeinden - Ausgleich der Steuermehreinnahmen über EL-Schlüssel ungerechtfertigt
ABP	Das Paket wird vollumfänglich abgelehnt, u.a.: - massiver, undeklarer Personalabbau - Einschätzung der Finanzlage zu pessimistisch - Eine wirkliche Aufgabenüberprüfung hat nicht stattgefunden
Gewerkschaftsbund beider Basel	- Das Paket wird grundsätzlich abgelehnt, u.a. folgende Gründe: - Finanzplan zu pessimistisch - Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrats nicht ausgewiesen - Einheit der Materie fehlt - Einzelne Massnahmen werden aber unterstützt, so: - Lohnmeldepflicht Arbeitgebende - Aufhebung Motorfahrzeugsteuerrabatt

Ausserdem nahmen einzelne Organisationen nur zu bestimmten Massnahmen wie folgt Stellung, ohne sich zum Gesamtpaket zu äussern:

Verein Baselbieter Alters- und Pflegeheime (BAP)	Ablehnung der Umstellung auf fixen Baubeitrag pro neuem Bett in APH und fixem Einrichtungsbeitrag pro neuem Bett in APH-Wohnungen anstelle von pauschalen Kantonsbeiträgen
Spitalext. Onkologiepflege BL (SEOP)	Bitte um Berücksichtigung des Unterschieds zur Spitex bzw. der Sensibilisierung der Gemeinden in dieser Sache
Alleinerziehende Region Basel	Ablehnung der Gebühr für das Alimenteninkasso, da diese die sozial Schwächsten trifft
Spitexverein	Ablehnung der Massnahmen, welche den Rückzug des Kantons aus dem Spitexbereich vorsehen

Bauernverband beider Basel	• Ablehnung einzelner Massnahmen im Bereich Landwirtschaft mit Begründung, dass schon viele Opfer gebracht worden seien. • Hingegen auch ausdrückliche Unterstützung einzelner Massnahmen • Ablehnung der Aufhebung von 2 Stellen am LZE aufgrund Pensionierungen, welche nicht ersetzt werden sollen
Amtl. Kantonalkonferenz BL-Lehrer	Ablehnung der Massnahmen zur Reduktion des Gesamtvolumens der erteilten Lektionen
Verschiedene Private sowie Rudolf Steiner-Schule Basel	Befürwortung der Aufteilung der Beiträge an Privatschulen auf die beiden Schulträger